

853/A(E) XXVII. GP

Eingebracht am 23.09.2020

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Mag. Martina Künsberg Sarre, Kolleginnen und Kollegen
betreffend Individuelle Förderung im Kindergarten**

Der altersadäquate Betreuungsschlüssel (Kinder pro pädagogischer Fachkraft, Pädagog_in-Kind-Relation) im Kindergarten liegt laut wissenschaftlichen Empfehlungen bei 1:7. Während Schweden diesen Wert mit 1:6 sogar übererfüllt und Deutschland mit 1:8,8 annähernd erfüllt, liegt er im OECD-Schnitt nur bei 1:14. Österreich ist mit bis zu 25 Kindern pro Pädagog_in internationaler Nachzügler - zum Leidwesen der Kinder und insbesondere zum Nachteil jener Kinder, die zuhause familiär und sozial weniger förderliche Entwicklungsbedingungen vorfinden als andere. Denn wer den Tagesablauf für 25 Kindergartenkinder gestaltet, kann nicht zugleich einzelne Kinder individuell beobachten und fördern.

Ein NEOS-Antrag für einen Stufenplan für kleinere Gruppen im Kindergarten wurde im letzten Unterrichtsausschuss mit dem Argument vertagt, dass dies in die Zuständigkeit der Länder und Gemeinden falle. Dass die Länder vorhaben, für mehr Pädagog_innen und kleinere Gruppen zu sorgen, ist jedoch nicht absehbar.

Um das drängende Problem des schlechten Betreuungsschlüssels nicht weiter auf die lange Bank zu schieben, schlagen die unterzeichneten Abgeordneten nun eine andere Herangehensweise vor, die der Bund auch ohne Zutun der Länder umsetzen kann: Die Entsendung zusätzlicher Pädagog_innen durch den Bund, ohne die Gruppengröße zu verändern.

Auch diese Herangehensweise muss als Stufenplan konzipiert und umgesetzt werden. Das Ziel ist, in jede Kindertengruppe, die landes- und gemeindefinanziert über eine_n Vollzeit-Pädagog_in und eine Vollzeit-Hilfskraft verfügt, eine zusätzliche bundesfinanzierte Pädagog_in zu entsenden. Diese_r übernimmt die Aufgabe, die Bildungsarbeit zu unterstützen und besonders jene Kinder zu fördern, die gerade aufgrund ihres Entwicklungsstandes, ihrer Sprachkompetenz oder familiärer Ereignisse einer individuellen Zuwendung bedürfen. So könnten schrittweise 20.000 neue Vollzeitjobs geschaffen und die Pädagog_in-Kind-Relation massiv verbessert werden. Diese Investition in die Bildungs- und Entwicklungschancen der Kinder würde sich auch für die Gesellschaft insgesamt lohnen.

Im Sinne eines Stufenplans sollen dafür zehn Jahre lang jährlich 2.000 neue Pädagog_innen aufgenommen werden. In den ersten Jahren sollen diese aus dem großen Reservoir an ausgebildeten Kindergartenpädagog_innen, die nicht im erlernten Beruf tätig sind, rekrutiert werden. Die Perspektive, mit besserem Betreuungsschlüssel zu

arbeiten, macht den Beruf wieder attraktiver. Parallel dazu sollen die zweijährigen Kollegs und dreijährigen Bachelorstudien für Elementarpädagogik ausgebaut werden, um dem wachsenden Personalbedarf Rechnung zu tragen.

Dass der Bund auch Personal für Landes- und Gemeindeeinrichtungen finanzieren kann, beweist er mit der Kostenübernahme für die Lehrkräfte an den Pflichtschulen. Solange diese Konstruktion nicht durch eine Föderalismusreform überflüssig gemacht wird, könnte sie also auch für die zusätzlichen Pädagog_innen ("Förderpädagog_innen zur Unterstützung der Bildungsarbeit") für die Kindergärten zur Anwendung kommen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

"Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird aufgefordert, einen 10-Jahres-Stufenplan zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels in Kindertagesstätten auszuarbeiten, mit dem schrittweise bis 2031 das Ziel erreicht wird, in jede Gruppe eine bundesfinanzierte, zusätzliche pädagogische Fachkraft ("Förderpädagog_in zur Unterstützung der Bildungsarbeit") zu entsenden. Weiters wird die Bundesregierung aufgefordert, die nötigen Budgetmittel vorzusehen, um 2021 mit den schrittweisen Umsetzung zu beginnen und jährlich 2.000 zusätzliche Pädagog_innen neu aufzunehmen. "

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuss vorgeschlagen.